

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Preisausgabe angegeben. Redaktionen: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhof 292 - 297. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftstagen 8 1/2 bis 5 Uhr. Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH. Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhof 292 - 297

Landesverratsheke!

Denunziation der „Roten Fahne“ gegen Genossen Breitscheid - Moskauer Dementi

Die „Rote Fahne“ ist in einer verzweifeltsten Lage. Einerseits darf sie nicht gegen die Interessen der russischen Außenpolitik verstoßen und nicht zu dumm lügen, andererseits darf sie ihren kommunistischen Lesern die Wahrheit über die Bewaffnung der Gegenrevolution durch Sowjetrußland nicht jagen. Sie lenkt trampfhaft ab: wo stammen die Enthüllungen des „Manchester Guardian“ her? Was ist ihr Zweck? Wer hat sie fabriziert? Sind wir Kommunisten nicht immer brav oppositionell gegen Fehler gewesen? Hat uns nicht Fehler selbst beschimpft, daß wir gegen ihn immer brav opponiert haben?

In ihrer Verzweiflung behauptet sie, Genosse Breitscheid habe die Enthüllungen des „Manchester Guardian“ veranlaßt. Sie spielt mit der Rechtspresse Hand in Hand. Die Rechtspresse schreit „Landesverrat“, und die „Rote Fahne“ behauptet: Breitscheid hat ihn begangen. Eine Denunziation, um von der Wahrheit abzulenken, würdig der faulen Ausreden, die die „Rote Fahne“ verzapft.

Aber das sind alles Nebenfragen. Worum es geht, ist das: sind die Maschinengewehre und Geschütze der Reichswehr mit Sowjetmunition geladen, ja oder nein? Darum geht es, und darauf muß geantwortet werden: ja, sie sind mit Sowjetmunition geladen.

Die Sowjetregierung läßt durch die Telegraphenagentur der Sowjetunion folgende Ableugnung verbreiten:

„Anlässlich der erneuten Verbreitung bereits wider-rufener Meldungen der englischen Presse durch den „Vorwärts“ über angebliche geheime Beziehungen zwischen den deutschen und sowjetrussischen Behörden betreffs militärischer Zusammenarbeit weisen maßgebende Kreise darauf hin, daß diese Meldungen vollkommen aus der Luft gegriffen sind und auf eine Verschlechterung der Beziehungen zwischen Deutschland und Sowjetrußland abzielen.“

Es ist also nur eine halbamtliche Ableugnung und noch dazu eine sehr ungeschickte. Wer hat denn die Meldungen der „Manchester Guardian“ widerrufen? Ein amtliches Dementi der Sowjetregierung ist nicht ergangen, und Herr Tschitscherin hat sich lediglich darauf herausgeredet, daß er „nicht informiert“ sei.

Hat die Sowjetregierung diese Dementierkunst vom Reichswehrministerium gelernt? Man ist versucht zu sagen: ein echtes Reichswehredementi. Es streitet zu viel ab: denn der Junkers-Vertrag ist schließlich nicht aus der Luft gegriffen. Mit Lügen werden weder die deutschen Kommunisten noch die Sowjetregierung durchkommen.

Eine Erklärung des Genossen Breitscheid.

Genosse Breitscheid schreibt uns:

Die „Rote Fahne“ behauptet, zu wissen, daß die Nachrichten des „Manchester Guardian“ über Beziehungen der deutschen Reichswehr zu Rußland von dem Berliner Korrespondenten des „Manchester Guardian“ ausgehen, und daß die Informationen aus den Kreisen des sozialdemokratischen Parteivorstandes stammen. Sie fügt hinzu: „Herr Breitscheid ist, wie wir genau wissen, in der Lage, sehr genaue Auskunft darüber zu geben, wer diese Enthüllungen in den „Manchester Guardian“ lanciert hat und welchem Zwecke diese Enthüllungen dienen sollen.“

Leider traut mir die „Rote Fahne“ mehr Wissenschaft zu, als ich besitze. Um die Aufmerksamkeit der deutschen kommunistischen Arbeiter von den für sie wenig erfreulichen Tatsachen abzulenken, macht sie den plumpen und verlogenen Versuch, dem sozialdemokratischen Parteivorstand und mir die Verantwortung für die Veröffentlichung zuzuschreiben. Der Berliner Vertreter des „Manchester Guardian“ befindet sich, wie ich höre, seit voriger Woche in Genf. Ob er geneigt ist, der „Roten Fahne“ nähere Auskunft über die Herkunft der Nachrichten seines Blattes zu geben, weiß ich natürlich nicht.

Reaktion in Prag.

Die Bürgerregierung der Tschechoslowakei.

Von Josef Hofbauer.

Prag, am 5. Dezember.

Daß die Prager Versammlung der Genossin Balabanoff von der Polizei aufgelöst wurde, das war nicht ein so seltsames und seltenes Ereignis, wie es dem Auslande, das in der Tschechoslowakei noch immer eine geradezu musterhafte demokratische Republik sieht, erscheinen möchte. Versammlungen werden hier oft genug verboten oder aufgelöst. Die Möglichkeiten zu solcher Bevormundung der „Untertanen“ hat sich die Tschechoslowakei durch Uebernahme der alten reaktionären Gesetze Oesterreichs geschaffen. Nur der besondere Anlaß, die besondere Brutalität, mit der Liebedienerei für Mussolini hat dieser Versammlungsauflösung so großes Aufsehen verschafft.

Aber freilich, nur der eine Zweck wurde erreicht, ein etwaiges unwilliges Stirnrunzeln des Diktators zu verschrecken, nicht aber der andere, die Vertändung der Wahrheit über das faschistische Nordregime zu verhindern. Zu hoch gingen die Bogen der Empörung, als daß man es hätte wagen können, Angelika Balabanoff auszuweisen. Man begnügte sich mit ihrer Bespitzelung, mit ihrer unausgesetzten Bewachung, aber man konnte die geschlossenen Parteiversammlungen, in denen sie dann noch sprach, nicht verbieten. Diese Parteiversammlungen aber wurden zu gewaltigen Massendemonstrationen, denn die Säle vermochten die vielen Arbeiter, die gekommen waren, um gegen den Faschismus zu protestieren — nicht nur gegen den italienischen, denn es gibt auch in der Tschechoslowakei Nachahmer Mussolinis! — nicht zu fassen. Die achtzehn Versammlungen, in denen Genossin Balabanoff sprach, haben ungemein viel beigetragen zu neuer Aufrüttelung der sudetendeutschen Arbeiter. Das Versammlungsverbot in Prag und die Ueberwachung der Rednerin haben ihnen gezeigt, daß auch sie bedroht werden durch das Anwachsen der Reaktion.

Nicht nur Versammlungsverbote und -auflösungen kennzeichnen den Weg der Reaktion. Er wird ebenso deutlich sichtbar in der Kulturpolitik. Auch in der Tschechoslowakei wurde der Potemkin-Film nur arg verstümmelt gezeigt, noch dazu mit einem recht reaktionären Text. Aber diese Konfiskation hat weniger Aufsehen erregt als die Zensurkunststücke in Deutschland, weil man sich in diesem Nachfolgestaat Oesterreichs längst daran gewöhnt hat, eigentlich doch noch in Oesterreich zu leben. Die Doffentlichkeit hat sich auch nicht sonderlich erregt, als die Dper „Wozzei“ auf behördlichen Befehl vom Spielplan abgesetzt wurde, weil Faschistenjünglinge die Aufführungen dieses „deutschen“ Wertes gestört hatten. Und daß die Vorträge des Arbeiter-Radio-Uniones so zensuriert werden, daß ihnen kaum noch anzumerken ist, daß sie von Sozialisten gehalten werden — nun, das ärgert die Arbeiter, aber sonst niemanden.

Kleinigkeiten? Vielleicht, aber doch symptomatische. Ausdruck der Tatsache, daß das Bürgertum in nach allen Seiten hin seine Herrschaft befestigt. Es hat sich durch die neuen Lebensmittel- und Industriezölle neue Profite gesichert, es will nun die „sozialen Lasten“ abbauen, indem es die eben erst in Kraft getretene Sozialversicherung novelliert, es schickt sich an, durch eine große Steuerreform die hohen Einkommen vor derbem Zugriff zu sichern und es schreitet langsam auch an den Abbau der Demokratie. Das Wahlrecht der Soldaten, eine der revolutionären Erwerbungen, auf die stets mit besonderem Stolz verwiesen wurde, soll beseitigt werden.

Nachdem der Staat, der nun ganz uneingeschränkt von ihr beherrscht wird, der Bourgeoisie gegeben hat, oder doch zweifellos noch geben wird, was sie von ihm forderte: Steuerentlastung, Zollprostitute, Droffnung der Sozialpolitik — ist sie nun auch bereit, dem Staate zu geben, was „des Staates ist“. Schon haben die deutschen Regierungsparteien den für eine ganze Reihe von Jahren vorgesehenen Rüstungskredit bewilligt, nun zielen sie sich nur noch ein wenig, ehe sie auch dem Gelehe zustimmen, das die Beibehaltung der achtzehnmönatigen militärischen Dienstzeit vorsieht. Von der Einführung der Rüstung ist, obwohl sie gesetzlich vorgesehen ist, nicht mehr die Rede.

Selbstverständlich auch nicht mehr von der Trennung von Kirche und Staat. Im Gegenteil: es wird ein Konkordat vorbereitet! Nicht mehr durch Staatsgesetze will man die Stellung der Kirche im Staate und in der Schule bestimmen, sondern durch Vereinbarungen mit dem Vatikan. Darauf drängen schon die tschechischen Klerikalen und die deutschen Christlichsozialen, die beiden katholischen Regierungsparteien, das ist aber auch ein Teil des Kaufpreises der slowakischen Klerikalen, die der Ministerpräsident Schwehla gewinnen will zur Bildung einer dauernden festen Mehrheit.

Und die nationale Frage? Nun, deutsche Schulen werden noch immer gesperrt, sobald sich ein einigermaßen pfausibler Vorwand findet, deutsche Staatsangestellte werden noch immer wegen ungenügender Beherrschung der Staatsprache entlassen und die deutschen Minister Spina und Wagnharting bereiten ihre Gefolgschaft langsam darauf vor, daß sie, da sie ja ohne Vorbehalt in die Regierung eingetreten sind, und da die Schaffung einer ausgleichsgünstigen Atmosphäre Zeit braucht, keine nationalen Zugeständnisse heimbringen werden.

Das bereitet auch dem deutschen Bürgertum — wenn man von gewissen Intellektuellenkreisen absteht — keine

Die Privatmeinung des Herrn Scholz.

Offiziell für die große Koalition - persönlich dagegen.

Die selbstverständliche Antwort der Sozialdemokratie auf die provokatorische Rede des Herrn Scholz hat an manchen Orten Betroffenheit hervorgerufen. Die „Germania“ will in dieser Rede nur eine „Extraktur“ sehen, und ausgerechnet im „Lokal-Anzeiger“ liest man:

„Man kann sich des Eindruckes nicht erwehren, daß die Sozialdemokraten die Tendenz dieser Rede außerordentlich aufbauen und sie als eine willkommene Gelegenheit betrachten, um sich von Vereinbarungen wieder zurückzuziehen, die ihnen angelehnt der Sachlage im Parlament offenbar unbequem geworden sind.“

Die Tendenz dieser Rede aufgebauscht? Die Sozialdemokraten schuld am Bruch der Vereinbarungen? Man versteht: wenn Herr Scholz für die Deutschnationalen arbeitet, muß die deutschnationale Presse Herrn Scholz gegen den berechtigten Vorwurf der Krisenmacherei beden.

Aufgebauscht? Die „Tägliche Rundschau“ veröffentlicht heute morgen noch einmal den von der Telegraphen-Union verbreiteten provokatorischen Text der Scholz-Rede und fügt hinzu:

„Diese klaren Auseinandersetzungen des Vorsitzenden der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei sind um so dankenswerter, als die Insterburger Tagung von der Antipresse benutzt wird, um an der ihr sehr unbequemen Haltung der Deutschen Volkspartei Kritik zu üben.“

Schließlich: Herr Scholz selbst redet weiter. Die Telegraphen-Union meldet aus Königsberg:

Im Palmensaal des Königsberger Tiergartens sprach am Montagabend vor Mitgliedern der Deutschen Volkspartei Reichsminister a. D. Dr. Scholz noch einmal über die Außen- und Innenpolitik der Partei. Er wies wie in Insterburg mit besonderer Betonung auf die tiefe Luft hin, die die Deutsche Volkspartei von der Sozialdemokratie in der Einstellung zur Reichswehr trenne.

Herr Scholz denkt also nicht an Abschwächung. Er unterstreicht.

Herr Scholz gibt in der „Königsberger Allgemeinen Zeitung“ zu unseren Ausführungen über seine Rede folgende Erklärung ab:

„Die Erregung sozialdemokratischer Kreise über meine im engeren Kreise der Vertrauensmänner meiner Partei in meinem Wahlkreis gemachten Ausführungen ist mir um so unverständlich, als ich an der Spitze dieser Darlegungen ausdrücklich betont habe, daß die Deutsche Volkspartei entsprechend ihrer bisherigen Haltung auch zu Verhandlungen über die große Koalition durchaus bereit ist. Die grundsätzliche Auffassung der Deutschen Volkspartei über die Frage der Regierungsbildung ist in dem allgemein bekannten Fraktionsbeschlusse vom 12. Januar 1923 festgelegt, an dessen Grundlagen sich nichts geändert hat. Daß ich persönlich die Aussichten eines etwaigen tatsächlichen Zusammengehens mit der Sozialdemokratie unter

den augenblicklichen Umständen skeptisch beurteile, das auszusprechen, ist mein gutes Recht, das mir wohl nicht bestritten werden kann.“

Herr Scholz steht der Großen Koalition skeptisch gegenüber. Er sieht darin ein Experiment, das nur wenige Wochen Dauer haben könne. Er hat diese Ansicht offen ausgesprochen. Seine Ansicht muß bei der Stellungnahme der Sozialdemokratischen Partei schwer ins Gewicht fallen. Seine Erklärung ändert an der Wirkung seiner Rede nichts.

Korruption?

Deutschnationale unter sich.

Die Schwerindustrielle Telegraphen-Union meldet: Der deutschnationale Landtagsabgeordnete Gaudig ist vom Vorstand des Landesverbandes Potsdam 2 aus der Partei ausgeschlossen worden. Wir können die latonische Mitteilung ergänzen. Graf Westarp hat diesen Ausschluß beschleunigt, weil Dipl.-Ingenieur Gaudig, Vorstand der Ortsgruppe Neuföllin, angeblich kein Landtagsmandat erzwindelt, das Sekretariat der Partei verpöndelt und innerhalb seines Machtbereiches eine Vorkernwirtschaft geführt hat. Dipl.-Ing. Gaudig erklärt demgegenüber, sein Sündenregister bestehe lediglich darin, drei Mitglieder des Ortsvorstandes aus dem Vorstand hinausbugliert zu haben, weil der eine seit 1923 Gelder unterschlagen habe, der andere Falschspieler sei und das dritte weibliche Vorstandsmitglied einen unzüchtlichen Lebenswandel führe. Da sich der Ortsvorstand hinter Gaudig stelle, entzog der Landesvorstand Potsdam 2 den gesamten Vorstand seines Postens und betraute einen kommissarischen Ausschuss mit der Stellenverteilung. Das wollen sich nun die Deutschnationalen Neuföllins nicht gefallen lassen. Sie haben sich in einer Mitgliederversammlung hinter Gaudig und seinen Vorstand gestellt, obwohl Graf Westarp in einem persönlichen Schreiben es anders befohlen hatte. Das Diktatorspiel ist anscheinend nicht so einfach, wie es sich der Graf nach seinen Erfolgen in der deutschnationalen Reichstagsfraktion vorgestellt hat.

Preussischer Landkreistag. Am 13. und 14. Dezember d. J. tritt der Vorstand des Preussischen Landkreistages in Münster zusammen, um über die Gestaltung des Wohnungsbauprogramms und die Zukunft der Hauszinssteuer zu verhandeln. Aus der Tagesordnung stehen weiter besonders wichtige Punkte, wie die Aufnahme einer großen Straßenbauanleihe, die Beschaffung langfristigen Rekonstruktionskredites und einschneidende Organisationsfragen der Girozentrale.

Zusammenbruch der Anklage in Verona. Der Prozeß gegen die 25 wegen Hochverrates angeklagten Bogenen endete mit einem Zusammenbruch der Anklage. Sämtliche Angeklagten wurden mit Ausnahme zweier freigesprochen, die je ein Jahr und vier Monate Gefängnis erhielten, um den Schein aufrechtzuerhalten, als ob doch etwas Greifbares vorgelegen habe.

sonderlichen Beschwerden. Wenn es nur mit Herrschen, mitregieren kann, wenn nur die soziale Reaktion sich durchsetzt! Das ist schon das Hinwerfen der „deutschen Belange“ wert!

Erst der Zusammenschluß der Sozialdemokraten aller Nationen kann eine Wendung des Kurses von rechts nach links erzwingen. Weder vom tschechischen, noch vom deutschen Bürgertum ist irgend ein sozialer, politischer oder kultureller Fortschritt zu erwarten.

Mussolini beschwert sich in Prag.

Angriff auf die Redefreiheit der Abgeordneten.

Prag, 7. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Nach der Verhinderung des Prager Vortrags der Genossin Balabanoff und der Auflösung einer sozialdemokratischen Versammlung hatte der Redner der deutschen Sozialdemokraten im Parlament das faschistische System sehr scharf kritisiert, und auch die Zwischenrufe von anderen sozialistischen Abgeordneten waren heftige Angriffe auf Mussolini und den Faschismus. Wegen dieser Rede und der verschiedenen Zwischenrufe hat der Prager italienische Gesandte dem Außenministerium einen Protest eingereicht. Das Ministerium hat die Angelegenheit dem Kommerzialrat übergeben, das durch offiziöse Pressestimmen antwortend läßt, es werde die Wiederholung ähnlicher Vorfälle verhindern. Es scheint also, daß sich das Parlamentspresidium tatsächlich zum Hausdiener Mussolinis erniedrigen will.

Ein militarisches Programm.

Prag, 7. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der tschechoslowakische Heeresminister Udrzal entwickelte im Beiratsrat des Senats ein großes Rüstungsprogramm. Er erklärte, die leitenden Militärs hätten den Gedanken an die Miliz, die verfassungsmäßig in einigen Jahren eingeführt werden sollte, vollständig aufgegeben. Die Dienstzeit könne frühestens in zwei Jahren herabgesetzt werden, und die nächste Mobilisierung werde eine Mobilisierung der gesamten Bevölkerung sein. Der Militarisierung des Staates soll auch die militärische Jugendziehung dienen, die man gesetzlich einführen will.

Frankreich „will den Krieg nicht“.

„Aber es fürchtet ihn auch nicht.“ — Ein deutsches Diplomatenurteil von 1913.

In der bei der Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte jetzt erscheinenden Schlussabteilung der deutschen Aktienpublikation wird ein Bericht des Botschafters in Paris vom 1. März 1913 wiedergegeben, in dem sich die deutsch-französischen Beziehungen spiegeln, die damals durch die beiden Parlamenten vorliegenden Heeresvorlagen belastet waren. Frhr. von Schoen schrieb dem Reichskanzler:

Was die Stimmung der französischen Nation betrifft, „so kann sie trotz des chauvinistischen Gebarens mancher Kreise und trotz des allgemeinen Träumens von Wiedergewinnung der „verlorenen Provinzen“ im ganzen als friedliebend bezeichnet werden. Aggressive Gedanken liegen den Machthabern und dem Volke fern. Sie finden selbst in militärischen Kreisen nur vereinzelt Verfechter, und auch da mehr in tatsächlicher als in politischer Hinsicht; dem Beweise freilich, den mir kürzlich Herr Poincaré für Frankreichs Friedensliebe in der Tatsache geben wollte, daß es die verhältnismäßig günstige Gelegenheit während der Balkankriege zu kriegerischem Vorgehen nicht benützt habe, möchte ich eine überzeugende Kraft nicht beimessen. Es scheint mir doch nicht ausgeschlossen, daß für die französische Friedensliebe ein russisches non possumus (Nichtkönnen) mitbestimmend gewesen ist, und daß auch die militärische Inanspruchnahme in Marokko erheblich mitgesprochen hat. Immerhin, die Stimmung der Nation ist vorwiegend friedlich — „La France“, so lautet heute das nationale Bekenntnis, „la France ne veut pas la guerre, mais“ — es fehlt nicht an einem „aber“ — „mais elle ne la craint pas!“ Herr Poincaré hat die allgemeine Meinung zutreffend wiedergegeben, wenn er diesen Bericht vor einiger Zeit in seiner Rede in Nantes aus-

sprochen, und der Präsident hatte gewiß auch recht, wenn er in seiner kürzlichen Unterhaltung mit mir seinen Friedensbeteuerungen (sogleich hinzugefügt hat, die Stimmung Frankreichs sei eine gereizte und mache sich in manchen Unfreundlichkeiten Luft. Wenn er dabei diese Erscheinung als die Nachwirkung von Agadir hinstellte, so mag dies insofern zutreffend sein, als die feindselige Stimmung in jenem Ereignis teilweise ihren Ursprung hat; ihr Anhalten und ihre Vertiefung aber ist meiner Meinung die Frucht der nationalistischen Saat, die gerade Herr Poincaré im Verein mit Herrn Millerand in fruchtbarer Boden gestreut hat. Wir werden daher mit dem Fortbestehen dieser Stimmung zu rechnen haben. Sie bleibt

das offene Pulverfaß, in das jederzeit unversehens ein Funke fallen oder von Feuerhand geworfen

werden kann. Sie wird jedenfalls intensiver andauern und mag noch manche giftige Blüten treiben, bis die Rüstungsströme hüben und drüben überstanden sein wird. Dann dürfte sie, dem französischen Temperament entsprechend, das mehr oder weniger künstlich erzeugte Spannungen nicht lange erträgt, etwas abflauen; aber erlöschen wird sie schon deshalb nicht, weil das Volk immer geneigt sein wird, den durch das dritte Dienstjahr und die finanzielle Anspannung erzeugten Druck dem Vorgehen Deutschlands zur Last zu legen, das überdies nach hiesiger Auffassung sein starkes Übergewicht an Volkskraft dem Besitz von Elsaß-Lothringen verdankt. Und ferner wird ein tiefes Mißtrauen gegen uns wach bleiben. Die Bahnvorstellung, daß wir mit unseren Rüstungen eine für Frankreich unentwärtliche Hegemonie in Europa anstreben, hat sich nicht nur in den Massen, sondern auch in führenden Köpfen so tief eingegriffen, daß sie nicht leicht zu entwurzeln sein wird. Und leider sind die Leistungen unserer Militärwissenschaften nur zu sehr angetan, den Franzosen gefällige Argumente für ihre Nervosität zu liefern.“

Schoen endet seine Ausführungen, die sich durch ihre beschwichtigende Art auszeichnen, mit der Formel, daß die Franzosen „ebenso ohne verbindliches Entgegenkommen wie ohne offene Mißachtung zu behandeln“ wären. Wilhelm bemerkt zu dem Bericht: „Alles sehr schön! Aber gänzlich nutzlos, wenn nicht eine abschreckend starke Militärmacht dahintersteht, die die Revanche unmöglich macht.“ In wenigen Monaten war die Politik, auf beiden Seiten eine „abschreckende Militärmacht“ zu halten, vollendet: nach Annahme der Militärvorlagen hielt, im Sommer 1914, Deutschland 761 000 Mann (einschließlich Unteroffiziere und Offiziere), Frankreich 794 000 Mann (ohne Eingeborene und Fremdenlegionäre) unter den Waffen. Die Pulverfässer waren zum Bersten gefüllt. Der österreichisch-serbische Krieg war der Funke, der sie explodieren ließ.

Der Berg kann gehen.

Dank vom Hause Hohenzollern.

Wilhelms bisheriger Generalbevollmächtigter bei der Auseinandersetzung mit dem preussischen Staat, Herr von Berg, einstweiliger Nachfolger als Chef des Zivilkabinetts, wird abgelehnt: Er hat sich die Allerhöchste Ungnade Seiner Majestät und das beinahe ebenso Allerhöchste Uebelwollen Seiner Kaiserlichen und Königl. Hoheit des Kaiserlichen Sportpalastkonprinzins zugezogen. Und warum? Wilhelm und sein Vize sind der Meinung, daß Herr von Berg bei dem Vergleich zwischen Preußen und dem verlassenen Königshaus noch viel zu wenig herausgeschlagen hat. Der wackere Herr von Berg aber ist der Überzeugung, daß auch ein noch gerissenerer Unterhändler nicht einen Pfennig mehr hätte herausholen können. Aber unsere erhabenen Hohenzollern, bekanntlich traditionsgemäß die „ersten Diener des Staates“, können eben nicht genug bekommen, wenn es auf die Kosten des geliebten Volkes geht. Und deshalb wird dekretiert: Der Berg hat seine Schuldigkeit nicht getan, der Berg kann gehen!

Dank vom Hause Hohenzollern! Es ist doch ein erhebendes Gefühl, ein getreuer Diener seines angefallenen Herrscherhauses zu sein!

Verfassungstreit in Thüringen.

Der Staatsgerichtshof erklärt Listenverbindung für statthaft.

Weimar, 7. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Am Montag vormittag ist der Staatsgerichtshof von Thüringen zusammengetreten und hat zu der vom Landtagspräsidenten aufgeworfenen Frage der Verfassungsrechtheit der Listenverbindung für die Landtagswahlen Stellung genommen. Wie der „Soz. Pressedienst“ erfährt, hat der Staatsgerichtshof entgegen der sozialdemokratischen Meinung, die sich auf den Klaren Wortlaut der Verfassung stützt, die Listenverbindung für die Thüringer Landtagswahlen für zulässig erklärt. Damit erspart sich das Bürgerium den komplizierten Zusammenschluß eines Ordnungsblochs. Es kann sich den Luxus erlauben, in zahllosen Listen aufzumarschieren und hat dennoch die Garantie, daß ihm keine Stimmen in der Spitze verloren gehen. Bekanntlich ist das Verhältnis von rechts und links in Thüringen bei normaler Wahlbeteiligung etwa 50:50, so daß die Frage, ob Listenverbindung möglich oder verfassungswidrig ist, von größter politischer Bedeutung für die Zusammensetzung des Landesparlaments ist.

Bethlens Gendarmen als Einbrecher.

Vor den ungarischen Wahlen.

Budapest, 7. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Da es trotz allem Terror in vielen Bezirken auch mit öffentlicher Abstimmung den Sozialdemokraten gelungen ist, die zu den Wahlvorständen nötigen Unterschriften zu sammeln, wird jetzt systematisch der Raub der Unterschriften betrieben. Ein besonders arger Fall ereignete sich in Betes-Csaba, wo der Vorsitzende des Landarbeiterverbandes Genosse Szeder mit dem Finanzminister Bud um das bisher sozialdemokratische Mandat kämpft. Schon seit einigen Tagen wurde bemerkt, daß das Agitationslokal der Sozialdemokraten ständig von Gendarmen und Detektivs bewacht und ausgehulstet wird. Durch die Erfahrungen aus anderen Bezirken gewigigt, schafften aber die Sozialdemokraten gestern abend die unterschriebenen Wahlvorschlüge fort, denn Donnerstag mittag lief die Einreichungsfrist ab. Man ließ eine Wache für die Nacht zurück. Gegen Mitternacht entstand sehr zeitgerecht eine Beleuchtungsstörung, das elektrische Licht in der Straße, wo das Wahllokal liegt, ging aus, und bald fanden sich acht Einbrecher ein. Sie erbrachen alle Schränke und Kasten, mußten aber unverrichteter Dinge abziehen.

In dem Bergarbeiterbezirk Dorog besetzten Donnerstag mittag Gendarmen und Detektivs das sozialdemokratische Wahllokal und führten den Parteiführer Genossen Vorberger zum Oberführer Beniczky. Der sagte ihm: „Es ist die höchste Zeit, daß Sie mit dem Terror und der Aufregung aufhören. Die „Republika“ wird nicht mehr in meinem Bezirk verbreitet werden. Ich verbiete hiermit alle Versammlungen.“ Gleichzeitig handigte er ihm einen Erlaß ein, mit dem der Lokalvertrauensmann Genosse Ferdinand Czint für dauernd aus dem Wahlkreis ausgewiesen wird.

Der Pfaff als „semitsche Eigentümlichkeit“ hatte dem realen Hauptverwaltungsamt in Münster Anlaß gegeben, einen jüdischen Kriegsbeschädigten die notwendigen orthopädischen Hilfsmittel zu verweigern. Zu dieser Angelegenheit, über die wir am 14. Oktober berichteten, erfahren wir jetzt, daß die Verhandlung vor dem Verordnungsgericht in Arnberg, Spruchkammer Siegen, mit einer Blomage der forderbaren antisemitischen Gutachter beim Hauptverwaltungsamt Münster endete. Dank dem energischen Vorgehen des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten hat sich die Spruchkammer dahin entschieden, daß dem Kläger der Pfaff aus rechten Bein als Kriegsbeschädigung anerkannt und die Lieferung von orthopädischen Schuhen für beide Beine beschlossen wurde. Es empfiehlt sich also schon, gegen derartige Tendenzgutachten entschieden vorzugehen.

Verchiebung des kommunistischen Parteitages. Der kommunistische Parteitag, der vom 27. November bis 1. Dezember in Essen stattfinden sollte, ist zum Januar verlagert worden.

Das Dessauer Bauhaus.

Von Dr. Paul F. Schmidt.

Die Eröffnung des Bauhauses am 4. Dezember vollzog sich unter ungewöhnlich starker Beteiligung aus ganz Deutschland und den umliegenden Ländern. Es war eine geistige Elite erschienen, wie man sie nur bei den größten Gelegenheiten so zahlreich bekommen sieht; Eröffnung wie Fest waren von etwa 1500 Geladenen besucht. Die Gelegenheit war allerdings auch eine höchst besondere, ein markantes Ereignis für die Kultur der Zukunft. Aus allen Ecken bei der Eröffnung Klang es deutlich und allen Freunden der neuen Idee rieflich heraus: daß nicht nur Dessau und der anhaltische Staat, sondern das ganze künstlerische Deutschland und das offizielle Preußen sich zu den Bauhausideen bekennen.

Dies muß betont werden, weil immer noch dunkle Mächte an der Arbeit sind, das Werk des großen sozialen und künstlerischen Fortschritts zu stören. Man weiß, was das Bauhaus aus Weimar vertrieben hat: politisch reaktionärer Geist im Bunde mit engstirnigen Handwerksinteressen, die unter dem Vorwand „bolschewistischer Kunst“ das Bauhaus als Vorkämpfer neuen Bestes bekämpften. Kechnliche Widerstände regen sich schon wieder in der Dessauer Bürgerschaft.

Daß es sich weder hier noch irgendwo sonst um Bolschewismus handelt, brauchen wir nicht zu beweisen. Kunst ist zu allen Zeiten unpolitisch gewesen, sie hat nur den jeweiligen weltlichen oder geistlichen Machthabern zu ihrer Verherrlichung gedient. Wenn sie sich heute endlich darauf besinnt, den wahren Interessen des Volkes ihre Kraft zu leihen, so dürfen wir sie sozial geistig nennen. Das paßt aber natürlich den ewig Blinden nicht.

Denn eben das unterscheidet Sinn und Arbeit des Bauhauses grundsätzlich von jeder Akademie und Kunstgewerbeschule: daß sie nicht zu beliebigem Entwerfen und Konstruieren anleiten will, sondern den einfachsten Weg zur Befriedigung dringender Massenbedürfnisse sucht. Daß sie mit anderen Worten Häuser- und Gerätekörper nach sorgfältigster Berechnung aufstellt, ihre Tätigkeit also nach drei Richtungen erstreckt: die wirtschaftlichen und konstruktiven Bedingungen für die billige und schnellste Herstellung des Baus zu strecken; solche rationalen Bautypen und Möbel in Massenauflage selber herzustellen, und dieses alles in Gemeinschaft mit den Schülern theoretisch und praktisch durchzuführen und die Schüler so zu Meistern der Praxis von Anfang an heranzubilden.

In Weimar war das Stadium der Versuche nahezu schon überwunden. Als das Bauhaus 1923 nach Dessau übersiedelte, waren Meister und Schüler so weit, in gemeinschaftlicher Arbeit sogleich an die Ausführung der ersten Aufgaben zu gehen, die ihnen gestellt waren. Sie stehen nach kaum einjähriger Bauzeit fast vollständig vor uns: der Komplex des Bauhauses selber, einfallend die alten Gewerbestellen, die Werkstätten des eigentlichen Bauhauses und die Fürsorgeeinrichtungen für die Schüler (28 Wohnkellern, Kantine mit Speisekuche und Aufzug in die Wohnkellern, Bäder und eine Versuchsbühne); sodann die Häuser für die Meister, und endlich den Anfang einer Kleinhausniederlassung in der Vorstadt Lörten, wovon eine Straße mit 60 Einfamilienhäusern in kaum sieben Wochen fertiggestellt worden ist. Als Architekt für alle Bauten zeichnete der

Direktor Walter Gropius; an der Ausführung haben fast alle Meister und Schüler teilgenommen. Hervorzuheben ist noch der gelungenen Versuch, Häuser aus abgedichteten Metallplatten in schnellster und billigster Herstellungsart, mit variablen und erweiterungsfähigen Typen, zu erbauen, die Professor Mücke demonstriert, und die vortrefflichen Einheitsmöbel von Breuer.

Man wird sich vielleicht versucht fühlen, zu fragen: wo die Kunst dabei bleibe. Sämtliche Lehren am Bauhaus sind weit bekannt und anerkannt Künstler, angefangen von Gropius, Kandinsky (dessen 60. Geburtstag am Eröffnungstage des Bauhauses in herrlicher Weise gefeiert wurde), Oskar Schlemmer, Paul Klee, Robert Raup, Mücke, Feininger; haben sie nur in ihrer privaten Arbeit der Welt Kunstwerke zu bieten?

Es wäre sehr weitläufig, die unterirdischen Kanäle nachzuweisen, durch die ihre Arbeit sich zur Praxis des Bauhauses sublimiert. Tatsache ist, daß Kandinsky durch seine Lehre wie durch seine abstrakte Malerei für den komplizierten Apparat der Bauhauslehre völlig unentbehrlich ist; daß Mücke auf dem Umwege über seine verpönte Art von Malerei zur äußersten Konsequenz des nüchternen praktischen Bauens mit Eisenplatten gelangt ist; daß aus Schlemmers neuklassizistischer Figurenmalerei sich ganz neuartige Formen von Ballett und Bühnenkunst entwickelt haben. Dies zur Orientierung über die Schwierigkeit, die inneren Zusammenhänge und die Feinheit des Bauhausmechanismus zu erkennen. Wichtiger aber ist die Frage nach der Wirksamkeit der künstlerischen Elemente in der scheinbar so rein praktischen Normierung der tectonischen Formen.

Wer die Neubauten der „Hochschule für Gestaltung“ und die Meisterhäuser auf dem freien Gelände jenseits des Bahnhofes von Dessau durchwandert mit dem empfänglichen Blick des geschulten Beobachters, wird alles fremdartig und abweichend von bisheriger Art finden, aber sogleich in dieser Abweichung das entdecken können, was uns fehlt und was gerade die Form für unser Leben ist, die wir uns unbewußt immer gewünscht haben. Am feststehend sah man das ganze Bauhaus „in Funktion“: eine herrlich strahlende Einheit von Glaswänden, Licht und festlichen Menschenmassen, und die Leichtigkeit, mit der man sich dieses Feiertagsleben in die Alltagsfunktionen der Arbeit überlegen konnte, mußte entzücken.

In den Häusern der Meister, wo man am Vorabend gastlich zum Tee empfangen wurde, ergab sich der Eindruck der Einheit von Haus und Leben noch selbstverständlicher: als Resultat trug man ein höchstiges Gefühl von Lebensfreude davon und den Reiz, nicht in solchen spielend funktionierenden Hauseinheiten leben zu dürfen.

Endlich und am durchschlagendsten fand man den Zugang zur Schönheit dieser Bauweise in den Kleinhäusern der Siedlung Lörten, obwohl (oder weil) sie frisch erbaut und noch gar nicht bezogen waren. Diese Häuser sind für Arbeiter berechnet, das ergibt schon ihr Preispaar, der insgesamt 38 Mark im Monat nebst einer einmaligen Anzahlung von 1000 Mark beträgt (für die öffentliche Kassen anzufommen hätten). Für diese Bapatelle erhält man ein eigenes Haus mit Garten; im Erdgeschoß ein Wohnzimmer und eine Wohnküche, in der nicht nur gekocht, Wäsche gewaschen und gepült werden kann, sondern auch ein hinreichend konstruiertes Bad und die Luftheizung für das ganze Haus sich belausen finden. Die Einfachheit und Handlichkeit all dieser Dinge muß die Begeisterung jeder gepflegten Hausfrau auf den ersten und den letzten Blick erwecken. Eine angenehme Treppe (keine Hühnerleiter!) führt zum

Obergeschoß, wo in drei Schlafzimmern sechs Betten aufgestellt werden können und eine Dachterrasse für den Sommer die Familie unter freiem Himmel zu den Nachhletzen versammelt.

Die vollständige Möblierung dieser vier Wohnräume nebst Küche kostet 1800 Mark, in vollkommener Ausführung 2000 Mark. Ohne sie gehen zu haben, kann man sich die farbige und anheimelnde Schönheit dieser Räume und Möbel nicht vorstellen.

Es liegt in der Konsequenz des Bauhausgedankens, daß bei aller Großartigkeit des Schulbaues, bei aller Anmut der Meisterhäuser dennoch der größte Eindruck von den Kleinhäusern in Lörten ausgeht, die für 8000 Mark in Reihen hergestellt werden und mit billigstem Material die höchste Möglichkeit an Wohnkomfort für den heutigen Menschen verbinden. Hier, und hier vor allem, liegt der große und gültige Sinn der Bauhausidee: Arbeit für das Volk, Heimstätten für die Masse.

Man versteht man den Zusammenhang zwischen Praxis und Kunst. Zunächst und vor allem anderen ist das dringende Bedürfnis zu befriedigen: den Millionen Wohnungslosen ein eigenes Heim zu schaffen für ein Minimum an Aufwand. Erst danach und daraus folgend erst die Schönheit. Die Kunst hat sich den sozialen Bedürfnissen zu unterwerfen. Aber sie büßt nichts dabei ein. Nur: es ist eine ganz neue, eine ganz andere Kunst, als wie wir sie bisher gesehen haben. Es ist eine Kunst des Volkes, eine Schönheit aus dem praktischen Leben.

Das älteste Steinwerk der Plastik mit Inschrift. Die Berliner Museen sind in den letzten Wochen in den Besitz einer ägyptischen Tierfigur gekommen, die die bisher älteste Inschriftlich beglaubigte Steinfigur der ägyptischen Kunst und damit wohl der Skulptur überhaupt darstellt. Es ist die Steinfigur des Gottes Tot in der Gestalt seines heiligen Tieres, des Bavian. Die über einen halben Meter hohe Figur ist fast vollkommen erhalten, die Einlagen der Augen fehlen. Die am Sockel eingemeißelte Ramensinschrift gibt die Entstehungszeit genau an. Das Bildwerk stammt aus dem Beginn der ersten ägyptischen Dynastie, mag man dies Ereignis nun um 3400 oder um 4200 v. Chr. datieren.

Der Intendant des Meininger Landestheaters, Franz Radtsch, ist am Montag gestorben.

Die Internationale Vereinigung für vergleichende Rechtswissenschaft und Volkswirtschaftslehre veranstaltet einen Vortrag des Geheimen Justizrats Prof. Rabel über „Rechtsvergleichung und internationale Rechtsprechung“, am 8. abends 8 1/2 Uhr, im großen Saal der Deutschen Gesellschaft 1914, Schadowstr. 67. Gäste haben Zutritt.

Der Original-Gesunde-Ball der Bühnengemeinschaft findet am 15. Januar in sämtlichen Räumen des Berliner Sportpalastes statt. Die Leitung hat Karl Weiß.

Die jüdische Gemeinde in Konstantinopel hat auf die ihr im Lausanne Vertrag zutreffenden Minderheitsrechte verzichtet und die Trennung der religiösen und weltlichen Angelegenheiten beschlossen. Die dargelegte Sachlage hat die Genehmigung der in Frage kommenden Ministerien gefunden. Die Billigung durch den türkischen Ministerrat steht bevor.

Das Ringen um die Rheinlandkontrolle.

Für und gegen die ständige Aufsicht.

Genf, 7. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) In den gestrigen Verhandlungen zwischen den Außenministern Englands, Frankreichs, Deutschlands und Belgiens spielte die Räumung des Rheinlandes noch keine ausschlaggebende Rolle. Es wurde ausschließlich, soweit das Rheinland in Frage kam, über das Problem der Investition unter Einwirkung der „ständigen Elemente“ für das bisher geräumte Gebiet gesprochen. Von deutscher Seite wurde dabei auch wieder der bisherige Standpunkt vertreten, daß die Einführung irgendwelcher „ständiger Elemente“ in das Kontrollrecht des Völkerbundes auch im Versailler Vertrag keine Stütze findet, und der Wortlaut des Artikels 213 unstrittig nur Unterjochungen von Fall zu Fall vorsieht. Es ist vorläufig noch zweifelhaft, in welcher Hinsicht die übrigen Mächte bereit sind, über den französischen Vorschlag hinaus zu gehen, von einer Investition nur für die ersten drei Monate spricht, und diesen Plan im März abändern will. Immerhin läßt sowohl das am Montag abend nach den Besprechungen von deutscher als auch von englischer Seite veröffentlichte Communiqué erkennen, daß die beteiligten Staatsmänner den weiteren Verhandlungen mit einem gewissen Optimismus entgegensehen.

Auch die Botschafterkonferenz verhandelt mit Genf.

Paris, 7. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der General von Pawels ist gestern in Paris eingetroffen und hat sich noch im Laufe des Tages mit verschiedenen Persönlichkeiten der Botschafterkonferenz in Verbindung gesetzt und ist u. a. vom Interalliierten Militärkomitee in Versailles empfangen worden. Nach einer Aussprache, die er mit General von Pawels hatte, wird sich der Generalsekretär der Botschafterkonferenz, Rastigl, heute nach Genf begeben, wo er den Vertretern der interalliierten Mächte die jüngsten in Paris eingetroffenen Berichte des Generals Walsh vorlegen wird.

Frankreichs Bereitschaft zur Räumung.

Paris, 7. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der Ton der Pariser Presse ist heute den Genfer Verhandlungen gegenüber etwas optimistischer geworden. Entgegen den Ansichten von gestern stellen die Blätter fest, daß die Möglichkeit einer Vereinbarung durch die persönlichen Besprechungen der Staatsmänner zutage getreten sei, die die Bilanz des gestrigen „Diplomatentages“ wäre, schreibt der „Quotidien“. Angesichts der Tatsache, fährt das Blatt fort, daß die Mächte ihrerseits nicht verkennen könnten, daß das Investitionsrecht des Völkerbundes gewisse Einschränkungen und Abänderungen bedürfe, läge ein „Aktord“ bereits im Bereiche der Möglichkeit.

Ausführlich äußert sich Vertinaz im „Echo de Paris“. Er stellt fest, daß das hauptsächlichste Ziel Briands folgendes sei: nämlich bereits jetzt die Organisierung einer Spezialkontrolle der entmilitarisierten Rheinlande zu erlangen. Dafür gehe der Vertrag von Versailles keine juristische Handhabe, Artikel 213 des Vertrages schweige sich darüber völlig aus. Auch der vom Völkerbund im Jahre 1924 ausgearbeitete Untersuchungsplan gebe Frankreich in diesem Punkte nur einen illusorischen Vorteil. Briand sei also gezwungen, sich des Rheinpakt zu bedienen, um eine ständige Ueberwachung der Rheinlande zu rechtfertigen. Die fünf Mächte, die den Rheinpakt unterzeichnet haben, würden also, da die Entmilitarisierung der Rheinlande der Grundpfeiler des Paktes sei, eine von der Genfer Politik unabhängige Kontrollkommission ernennen, die „nötigenfalls Alarm schlagen würde“. Ohne Zweifel, fährt Vertinaz fort, habe sich Stresemann zur Annahme solcher Bedingungen nicht ohne weiteres bereit erklärt und Kompensationen verlangt. Es sind dies die folgenden: Sofortige Abberufung der Interalliierten Kontrollkommission aus Berlin. Die Mächte würden sich außerdem in der Frage der Bestigungen von Königsberg, Glogau und Küstrin „weitherzig“ zeigen. Endlich würde die deutsche Auffassung über die Revision des vom Genfer Völkerbundrat im Jahre 1924 ausgearbeiteten Untersuchungsplanes angenommen werden.

Wenn also die Ueberwachung der Rheinlande durch eine solche Kontrolle gesichert ist, hätte auch die Anwesenheit der alliierten Truppen dort keinen Wert mehr. Man müßte sie also entweder außerordentlich vermindern, oder ganz zurückziehen. Dieses Kompromiß liegt in der Luft, schreibt Vertinaz. Es sei die logische Folge von Locarno und Thoiry.

Ohne die Abberufung des Interalliierten Militärkomitees und die Aufgabe von Koblenz und Mainz sei eine deutsch-französische Annäherung nicht möglich.

Da übrigens Deutschland das Recht habe, die Räumung der Rheinlande zu verlangen, sobald die Berliner Kommission verschwunden sein werde, auf Grund des Artikels 431 des Versailler Friedensvertrages, habe

Frankreich kein Interesse daran, seine Soldaten länger dort zu halten.

Gegen dieses Kompromiß gebe es, schreibt Vertinaz nur einen einzigen, aber „furchtbaren“ Einwand: Er ratifiziere nämlich das vollständige Desinteressement Frankreichs an den Angelegenheiten Osteuropas.

Der deutsche Regierungsstandpunkt.

Genf, 7. Dezember. (Mitteilung der Schweizerischen Depeschenagentur.) In einer Besprechung der Vertreter der Rheinpatrimoine betonte Reichsminister des Äußeren Dr. Stresemann, daß die deutsche Regierung ihre Stellungnahme zum Untersuchungsprotokoll des Völkerbundes von ihrer Forderung nach Aushebung der Militärkontrolle streng auseinanderhalte. Sie verlange die Aufhebung der Militärkontrolle, da Deutschland seinen Entwaffnungsverpflichtungen in vollem Umfange nachgekommen sei.

Staatssekretär Trendelenburg vom Reichswirtschaftsministerium wurde zum Mitglied des Wirtschaftskomitees des Völkerbundes ernannt und hat diese Wahl angenommen.

Die Rechtsangleichung mit Deutschland. Im Finanzausschuß teilte Vizeminister und Außenminister Dr. Dingeldey (Großdeutsche Sp.) mit, daß an der Worsberglage des neuen reichsdeutschen Strafgesetzbuchs ein Vertreter des deutschösterreichischen Justizministeriums teilnimmt.

Der russische Botschafter in Tokio, Ropy, kehrt nicht mehr auf seinen Posten zurück.

Die neue gelehrliche Regierung setzt sich folgendermaßen zusammen: Ministerpräsident: Zaimis; Finanzen: Katsaris; Inneres: Thalari; Äußeres: Michalopoulos; Verkehr: Watary; Krieg: General Razaris; Marine: Anaris; Wohlfahrt: Kirofi; Justiz: C. Angelopoulos; Volkswirtschaft: S. Merkuri; Unterricht: Argeros; Landwirtschaft: Papanastasiu.

Eine Großstadt ohne Volksbäder.

Man hält es kaum für möglich, daß ein Gemeinwesen von etwa 120 000 Einwohnern, überhaupt keine öffentlichen Bäder hat, abgesehen von etwa 23 zur Verfügung stehenden Bannbädern. Tatsächlich verfügt der 20. Berliner Verwaltungsbezirk, der sich aus den ehemaligen Gemeinden Reinickendorf, Tegel, Wittenau, Borsigwalde, Heiligensee, Hermsdorf und Frohnau zusammensetzt, mit seinen insgesamt 120 000 zumeist den unteren Klassen angehörigen Einwohnern nur über jene erwähnten 23 Bannbäder. Weder befindet sich an dem weit ausladenden Strand des Tegeler Sees ein Freibad noch gibt es ein Hallenbad noch irgendein medizinisches Bad.

Man entsinnt sich nun gewiß, daß vor über Jahresfrist die Berliner Öffentlichkeit durch die Mitteilungen über ein demnächst im Bezirk Reinickendorf zu errichtendes sehr großzügig gedachtes Hallenbad, dem der Name Humboldtbad verliehen werden sollte, interessiert wurde. Und zwar war das Projekt damals schon so ähnlich gedacht wie längst das leider nicht zur Ausführung gelangte Projekt des Bades im Engelbecken. In der Nähe des jetzigen Stadtbüchlers des Schäfersees in Reinickendorf befindet sich eine Eisfabrik, dessen Besitzer auf die Idee kam, das in seinem Betrieb als Nebenprodukt abfallende Warmwasser, das jetzt ungenutzt abläuft, für Bodengewinn nutzbar zu machen. Auf diese Weise würden im Jahr über eine Million Kubikmeter ablaufendes sauberes und bakterienfreies warmes Wasser zur Verfügung stehen. Der Besitzer der Eisfabrik hatte seinerzeit das ganze Projekt bis ins kleinste durch- und ausarbeiten lassen, so daß es schließlich in Form eines Gesellschaftsvertrages zwischen ihm und der Stadt Berlin seinen realen Niederschlag fand, wobei der Stadt Berlin die Mehrheit der Anteile und damit der bestimmende kommunale Einfluß gesichert war.

Die Öffentlichkeit war entzückt und nahm das Projekt bereits für die Tat. Was man damals zu hören bekam, war auch bestechend. Man plante ein Schwimmbecken von 100 Meter Länge, 33 Meter Breite und 5250 Kubikmeter Inhalt. Es wurde berechnet, daß die 14 Berliner Schwimmbecken, nämlich je zwei in den Bädern an der Schillingstraße, Gerichstraße, Baerwaldstraße und Reußdän und je eins in der Turmstraße, Dennowstraße, Oberberger Straße, in Charlottenburg, Steglitz und Spandau insgesamt nicht sozial Wasserfrage aufweisen würden, wie das des Humboldtbad allein, das übrigens den Vorteil des ständigen ununterbrochenen Zustufes von frischem Wasser haben sollte. Als Reueit war geplant, dem Hallenbad einen richtigen Sandstrand beizugeben.

Verschundene Aktienpakete.

Festnahme eines ungetreuen Bankbeamten.

Im Anfang vorigen Jahres wurde bei einer hiesigen Großbank das Verschwinden von Aktienpaketen festgestellt. Es handelte sich um Aktien, die in Depot gegeben waren, also nicht veräußert werden durften. Der Verdacht fiel auf einen 35 Jahre alten Hermann Reske aus der Bogistrasse, der bei der Bank seit 1921 als Bezugsrechtsverwalter angestellt war und zu den Treuhändern Zutritt hatte. Es konnte ihm eine Veruntreuung zwar nicht bestimmt nachgewiesen werden, der Verdacht war aber so stark, daß man ihn kündigte und ihn zum 1. April entließ. Der Verdacht war aber damit nicht aufgeklärt. Die Bank wandte sich an die Kriminalpolizei, die nun in Verbindung mit dem Bankdirektor Martin Knopf die Ermittlungen aufnahm. Nach und nach kam tatsächlich auch Licht in die Sache, und der Verdacht gegen Reske bestätigte sich. Er wurde nunmehr verhaftet und dem Untersuchungsrichter vorgeführt, der ihn nach Moabit bringen ließ. Reske hatte sich in der Untersuchungszeit an ein ausweichendes Leben gemöhnt und wählte es auch nach der Stabilisierung der Mark nicht aufgeben. Weil aber jetzt sein Einkommen dazu nicht mehr ausreichte, vergriff er sich an den Depots. Er verkaufte und lombardierte Aktienpakete und verbrachte den Erlös in Luxuslokale. Ein Teil der veräußerten Aktien wurde wieder entdeckt und der Bank zurückgegeben. Andere Pakete sind noch nicht ermittelt. Der Gesamtwert der veruntreuten Aktien ließ sich bisher nicht genau feststellen, weil man noch nicht weiß, ob Reske auch alle Eingänge in die Bücher eingetragen hat.

Das Brandunglück in der Schillingstraße.

Geringe Geldstrafe für die Mutter.

Am 14. September ereignete sich im Hause Schillingstraße 5 ein Brandunglück, dessen tragische Folgen besonders Mitleiden erregten. Eine Frau Anna M., die Ehefrau eines kaufmännischen Vertreters, war dabei, eine Bettmatratze von Wägen zu säubern. Sie stellte die Matratze an die Wand und brannte mit einer Petroleumlampe die vorher mit Petroleum getränkten Fugen aus. Die Petroleumlampe hatte sie etwas entfernt ins Zimmer gestellt. Ihre 14jährige Tochter Ilrena stand dabei und sah zu. Nachdem die Wägenvermischung vollzogen worden war, nahm die Mutter ein Licht, um nachmalig die Fugen auszuleuchten. Dabei muß sie dem Segros, mit dem die Matratze gepolstert war, zu nahe gekommen sein. Plötzlich brannte die Matratze lichterloh auf. Die Frau rannnte hinaus, um einen Eimer Wasser zu holen, während das Kind im Zimmer zurückblieb. Dann gab es einen schrecklichen Knall. Die Petroleumlampe war explodiert. Als die Frau in das Zimmer zurückkehrte, schlug ihr schon Qualm und Klammern entgegen. Das Kind lag halbtot am Boden. Die unglückliche Mutter war nun wegen fahrlässiger Tötung und fahrlässiger Brandstiftung angeklagt. Ganz gebrochen befragte sie vor Gericht unter Tränen ihr Schicksal, das sie ohnehin schon schwer bestraft habe. Der Staatsanwalt beantragte Freisprechung von der Anklage der fahrlässigen Tötung und Verurteilung wegen fahrlässiger Brandstiftung zu 50 M. Geldstrafe. Das Amtsgericht wies nach rechtlich zu demselben Ergebnis, setzte jedoch die Strafe für die fahrlässige Brandstiftung nur auf 30 M. Geldstrafe fest und bewilligte der Beurteilten Ratenzahlung von 10 M. monatlich.

Bücherjahren.

Die Ausstellung, die vom Bildungsausschuß der Sozialdemokratischen Partei Spandau veranstaltet wird, wurde am vergangenen Sonntag in der Aula der Mädchen-Vittelschule feierlich eröffnet. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Ansprache des Genossen Weimann vom Zentralbildungsausschuß, der in kurzen Umrissen ein Bild von dem Wirken der organisierten Arbeiterschaft auf dem Gebiete der Kulturbewegung gab. Nach dem Vortrag beschäftigten die Gäste die Ausstellung, in der die Anordnung der Bücher eine außerordentlich übersichtliche ist. Die Bücher sind nach dem Alter derer, für die sie bestimmt sind, und nach den Stoffen, die sie behandeln, systematisch geordnet. Der Eintritt ist frei.

Das Volksbildungsamit und Jugendamt Brenzlauer Berg veranstaltete am Mittwoch, dem 8., bis einschl. Sonntag, dem 12. Dezember 1926 im großen Saale des Bezirksamts Danziger Str. 64 eine Ausstellung von Jugendbüchern und guten Büchern, verbunden mit einer Ausstellung von Spielzeug, Keramik und von Arbeiten der Kinderfreunde und Jugendhorte. Die Ausstellung wird am Mittwoch, dem 8. Dezember 1926, abends 6 Uhr, mit einer Feier eröffnet. An den folgenden Tagen ist die Besuchszeit festgesetzt auf 4-9 Uhr nachmittags. Während der Ausstellung finden an jedem Abend Märchenvorlesungen für Kinder, Vorträge aus Büchern und Bücherbesprechungen statt. Der Eintritt ist frei.

Außerdem sollte ein großer Raum für eine Kunstschau geschaffen werden, der in der heißen Jahreszeit als Ausstellungsraum gedacht war. Selbstverständlich gehörten zu dem Ganzen auch eine große Anzahl medizinischer und Bannbäder. Mit dem Schäfersee und dem umliegenden Gelände sollte daraus eine einheitlich neuartige monumental wirkende Kommunalanlage werden, wie sie, wenn auch in anderer Weise, Beisenfee bereits vor dem Krieg in seinem viel beachteten Munizipalhotel sich geschaffen hat. Es war weiterhin als Ergänzung gedacht zu dem immer nur für bestimmte, besonders jugendliche Kreise berechneten Stadion und den Sportplätzen, und sollte eine wahrhaft volkstümliche Stätte zur Erhaltung und Biedergerwinung der Gesundheit werden, eine Stätte, an der Jung und alt, arm und reich, Männer, Frauen und Kinder teilhaben sollten. Und schließlich, was ja auch nicht unwichtig ist, wäre es eine Stätte geworden, die auch dem Ansehen Berlins nach außen gedient hätte, um derenwillen es sich lohnte hätte, Berlin zu besuchen. Alle Kalkulationen waren durchaus vorsichtig getroffen. Die Notwendigkeit eines solchen Baues in jeder Hinsicht in jeder Beziehung stielmütterlich bedachten Gegend Berlins stand außer jedem Zweifel. Die Öffentlichkeit hat nach jenen ersten Schilderungen wohl gar angenommen, daß der Bau bereits im Gange ist. Nichts, gar nichts ist bisher geschehen.

Der Berliner Magistrat hat seinerzeit ausgearbeiteten Gesellschaftsvertrag nicht unterzeichnet. Er hat aber auch nichts Ernstes unternommen, um das Projekt irgendwie zu fördern. So ist alles beim alten geblieben. Der für Volksgesundheit und Volkskraft sich einsetzenden Persönlichkeiten im 20. Bezirk hat sich ob dieses Versagens der Berliner Zentralverwaltung eine tiefe Mißstimmung und Niedergeschlagenheit bemächtigt. Man sagt sich, und wohl nicht mit Unrecht: Was hat es für einen Zweck, daß der Bezirk ein Projekt ernsthaft fördert, wenn nicht auch die Zentralverwaltung ihrerseits, zu der hier vor allen Dingen das Hauptgesundheitsamt der Stadt Berlin gehört, mit Ernst und Nachdruck die kommunal-sozialen Angelegenheiten eines Bezirks fördert. Es scheint undenkbar, daß man in Berliner Magistrat das ganze Vorhaben einfach versacken läßt. Wünschenswert nicht nur, sondern notwendig ist es aber, daß man jetzt endlich erfährt, was man für das Humboldtbad in Reinickendorf zu tun gedenkt. Man wird sich im Rathaus zu Berlin klar darüber sein, daß dieser Bezirk eines der reichsten ist und man sollte daran gehen, ihm die Entwicklungsmöglichkeiten zu verschaffen, die ein modernes Gemeinwesen braucht. Es handelt sich natürlich hierbei auch um Gelegenheiten, die man verpassen kann und die nicht wieder gutzumachen sind.

Der schwere Raubüberfall, der am Sonnabend vormittag in Zühlsdorf auf die Frau Anna Maurisch in der Kolonie Seefeld verübt wurde, ist noch nicht weiter aufgeklärt. Die überfallene Frau wurde gestern nach dem Krankenhaus in Reinickendorf gebracht. Ihre Verletzungen sind zum Glück nicht ganz so schwer, wie sie anfangs zu sein schienen. Die Frau wurde vernommen und es wurde festgestellt, daß der noch unbekannte Räuber schon am Freitag bei ihr vorgeprochen hatte, aber damals nicht zum Ziele kam, weil zufällig eine dritte Person bei Frau Maurisch war. Diese wollte er, wie er sagte, für eine Sterbefolge interessieren. Als der Tag verächtlich wurde im Laufe des gestrigen Tages ein Mann angehalten, der oberhalb sein Bild nachweisen konnte und wieder entlassen wurde. — Zu dem Raubüberfall in Bichtenberg wird mitgeteilt, daß von den flüchtigen Räubern noch keine Spur gefunden ist. Das Raubdezernat hat mehrere Beamte entsandt, die die Nachforschungen nach allen Richtungen aufgenommen haben.

Hungernde Schauspielerei. Am Mittwoch, den 8. d. M., findet in Lehrervereinshaus vormittags 11 Uhr eine weitere Erwerblosenversammlung statt. Die Schauspielerei hoffen, mit Hilfe der Bühnengenossenschaft Mittel und Wege zu finden, ihre verzwelfelte Lage durch Kostenvorstellungen aufzubessern.

Folgen schwerer Kraneneinsturz.

2 Arbeiter getötet, 11 verletzt.

Heute nacht fiel infolge Begleitens des Gegenwichts der auf dem Meis Salzberg-Rosenheim stehende, zum Einheben der Bauteile für die Glanbrücke bestimmte 25-Tonnen-Kran in der Glanbach. Hierbei wurden zwei Bahnunterhaltungsgehilfen getötet, vier Gehilfen schwer und sieben leicht verletzt. Die wegen Brückenbaues zurzeit eingestellte betriebslose Strode Troilaffing-Salzberg war auf kurze Zeit gesperrt. Die Untersuchung ist eingeleitet.

München, 7. Dezember. (M.B.) Heute, Dienstag, früh gegen 1 Uhr veranlaßte die Baupolizei der Deutschen Reichsbahn in Salzburg durch eine 22 Mann starke Arbeitertolonie in der Nähe von Haggloh die Einräumung einer verfallenen Eisenkonstruktion an der hiesigen Brücke. Zu diesem Zwecke wurde auf dem Gleis Salzburg-München ein Kranwagen nebst Lokomotive bayerischerseits an das Bauobjekt herangebracht. Der Kran wurde, um die Brückenkonstruktion zu heben, in einem Winkel von ungefähr 45 Grad geschwenkt. Gleich darauf zeigte sich das Gegengewicht als offenbar zu leicht und begann abzurutschen. Im nächsten Augenblick begann der Kran nebst Wagen in die Tiefe zu sinken und fiel schließlich ins Bachbett. Da die Kuppelung zwischen dem Kranwagen und der Lokomotive zerriß, kam die letztere knapp vor dem Abgrund zum Stehen. Die Arbeiter Fritz Spielberger und Guido Brauner aus Frellesing wurden auf der Stelle getötet. Elf weitere Arbeiter wurden durch die Sanitätskolonne Salzburg in das St.-Johann-Spital überführt. Die Verletzten werden voraussichtlich noch heute in häusliche Pflege entlassen werden können.

Schwere Zuchthausstrafe für Posträuber.

Braunschweig, 7. Dezember. (M.B.) Das Große Schöffengericht verhandelte heute gegen Paul Görlich, der im Januar d. J. mit einigen Genossen den Ueberfall auf das Postamt in Dersheim ausgeführt hat, wobei ihnen Wertgegenstände im Betrage von etwa 30 000 M. in die Hände fielen. Außerdem wurden Görlich einige andere Straftaten zur Last gelegt. Neben Görlich standen noch mehrere Angeklagte vor Gericht, die ihn teils verborgen gehalten hatten, teils als Helfer in Betracht kommen. Das Urteil lautete gegen Görlich wegen zweier schwerer Diebstähle und schwerer Raubes zu neun Jahren Zuchthaus, gegen den Bauarbeiter Wilhelm Kantschke aus Berlin wegen Verbrochens gegen § 253 auf ein Jahr sechs Monate Zuchthaus und gegen beide auf Zulässigkeit der Stellung unter Polizeiaufsicht. Der Schlichter Fritz Marchang erhielt zwei Monate Gefängnis und der Schlosser Friedrich Alhardt aus Berlin 600 Mark Geldstrafe.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Verein der Freidenker für Feuerbeziehung, Bezirk 12, Donnerstag, den 9. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, Realgymn. Steglitz, Hermsdorf, Vortrag des Genossen Dr. Paul Krifche über das Thema: Urprung der Religionen.

Geschäftliche Mitteilungen.

Ein neues Wohnhaus. Wohnhaus „Alo“ wurde dieser Tage in der Turmstraße 70 von der Konstruktionsfirma Rogu & M. B. als ein Strukturbauwerk mit 20 Zimmern erbaut. Die Firma ist durch eigene Konstruktion in der Lage, gute, gezielte Anträge und Mittel fertig und nach Maß zu sehr billigen Preisen zu liefern.

Im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau. Front gegen das Mehrheitsabkommen.

Die Abspaltung des Mehrheitsabkommens im Braunkohlenbergbau hat den stärksten Widerhall in allen Kreisen gefunden. Nachdem bereits am Sonntag, den 28. November, die Bergarbeiter in über 50 Versammlungen dem Vorgehen der Tarifverbände einstimmig zugestimmt hatten, haben am 5. Dezember wiederum 70 Versammlungen stattgefunden, die durchweg gut besucht, zum Teil überfüllt waren. In den Versammlungen wurde einstimmig die Beseitigung des Mehrheitsabkommens und die Wiedereinführung der tariflichen Arbeitszeit gefordert. In gleichfalls einmütig angenommenen Entschliessungen wurde den Verhandlungen das vollste Vertrauen ausgesprochen.

Bemerkenswert ist, daß die Versammlungen teilweise auch von Bergarbeitern besucht waren, die den Entschliessungen zustimmen. Wie viele ihr weiteres Verhalten in den Tarifvereinen zu recht fertigen gedenken, erscheint völlig unverständlich. Viele dieser durch die Wertpropaganda irreführten Arbeiter sind wieder zu den Verbänden zurückgekehrt. Auch sonst sind allerorts starke Mitgliederzunahmen zu verzeichnen. Jedenfalls steht fest, daß sich in den bisher über 120 stattgefundenen Versammlungen mit etwa 55 000 Teilnehmern, nicht eine Stimme für die Beibehaltung des Mehrheitsabkommens und gegen die Tarif der Verbände erhoben hat. Das ist ein glänzender Beweis dafür, daß die Führung der Interessen der Bergarbeiter unbestritten fest in den Händen der Gewerkschaftsführer liegt. Zugleich ist es aber auch ein Beweis des völligen Zusammenbruchs der Wertsgemeinschaften.

Die Arbeitszeitfrage ist die Feuerprobe für die Harmonie zwischen den Grubenleitungen und Wertsgemeinschaften, die jetzt den Arbeitgebern die Gefolgschaft verweigert haben. Die Arbeitgeber fordern von ihren Schülern unbedingten Glauben an die Notwendigkeit der Beibehaltung der verlängerten Arbeitszeit, die Tarifvereine aber wollen von den Früchten der Gewerkschaften mitgehen; sie wollen ihre „Wertstreue“ mit Vorteilen bezahlt haben. Hier scheiden sich die Wege, das haben die Versammlungen bewiesen.

Der Massenaufruf — das haben die Versammlungen gezeigt — ist der entschlossene und einmütige Willensausdruck der mitteldeutschen Braunkohlenbergarbeiter auf Beseitigung des Mehrheitsabkommens.

Wegen die Arbeitgeber, aber ganz besonders das Reichsarbeitsministerium, die richtige Wertung dieser nicht mißzuverstehenden Stimmung finden.

Die Arbeitslosenfrage.

Der Ortsverband Berlin des Reichsbundes deutscher Technik beschäftigt sich am Montag im Plenarsitzungsraum des Reichsarbeitsrats mit dem Problem der Arbeitslosigkeit. Gehleimrat Dr. Weigert vom Reichsarbeitsministerium, der über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sprach, sah ein wirksames Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit besonders in der Ueberführung der vom Lande stammenden arbeitslosen Industriearbeiter in die Landwirtschaft, was nach seiner Ansicht bei einer großzügigen Siedlungspolitik sehr wohl möglich sei. Erfolgreich war, aus dem Munde eines Regierungsdirektors zu hören, daß eine Rationalisierung von Usinn sei, wenn sie nur eine Leistungssteigerung und Erhöhung des Unternehmerprofits bringe, das Gland der Massen an sich aber vergrößere. Sein Mahnruf an die „Birtschaft“, tatkräftig mitzuhelfen an der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Ver-

billigung der Waren und durch Arbeitsbeschaffung dürfte ein Mahnruf bleiben.

In einem anderen Referat „begründete“ Dr. Erdmann von der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände deren Stellungnahme gegen den Gesetzentwurf über die Arbeitslosenversicherung, von der er sich keine Behebung der Arbeitslosigkeit verspricht und die er praktisch nicht für durchführbar hält, da nach seiner Auffassung das Risiko der Arbeitslosigkeit versicherungstechnisch nicht zu erfassen sei.

Genosse Spliedt vom ADGB und Dr. Pfirrmann vom DGB traten dieser Auffassung entgegen und legten knapp umrissen den Standpunkt der Gewerkschaften überhaupt dar. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die theoretischen Ausführungen Dr. Weigert's wie des Unternehmersvertreeters Dr. Erdmann das Problem der Arbeitslosigkeit seiner Lösung keinen Schritt weitergebracht haben.

Wahlen bei der Deutschen Reichspost.

Bei den Wahlen für die Beamtenschaft wurden 1924 für die freigewerkschaftliche Liste 19 408 Stimmen abgegeben, bei den Wahlen 1928 jedoch 20 576 Stimmen. Es ist mithin ein Zuwachs von 1078 Stimmen zu verzeichnen. Bei den letzten Wahlen der Betriebsräte bei der Deutschen Reichspost sind für die freigewerkschaftliche Liste 37 122 Stimmen abgegeben worden, so daß die Allgemeine Deutsche Postgewerkschaft, Mitglied der im Deutschen Postgewerksbund, bereits eine Gefolgschaft von 57 693 Personen im Postbetriebe hat.

Wahl der Metallarbeiter in Jena.

Die Generalversammlung der Verwaltungsstelle vom 3. Dezember hatte die Neuwahl der Ortsverwaltung vorzunehmen. Es wurden 667 Stimmen abgegeben, wovon 436 für die Liste Amsterdam und 231 für die Liste Rostau.

Die Hamburger Hafenarbeiter fordern Lohnerhöhung.

Bei der neuen Lohnbewegung der Hamburger Hafenarbeiter, die das Lohnabkommen zum 31. Dezember gekündigt haben, handelt es sich um eine Forderung auf Lohnerhöhung von 20 Proz. Das ist dieselbe Forderung, um die es sich bei dem letzten Schiedsspruch drehte. Was für Hamburg beschloffen wird, gilt auch für die übrigen Nordseehäfen, einschliesslich der Weserhäfen, sowie für Lübeck und Stettin. Stettin hat den Tarif im Augenblick noch nicht gekündigt; dafür ist bis zum 15. d. M. noch Zeit.

Eine vernünftige Haltung des Reichsarbeitsministeriums bei der letzten Lohnbewegung im Hamburger Hafen hätte die neuen Verhandlungen ersparen können.

Darüber, wie über die Lohnbewegung der Seesleute, soll Schindler nach Rücksprache mit der zentralen Lohnabteilung berichten.

Bergarbeiterforderung in der Tschechoslowakei.

Prag, 7. Dezember. (M.T.B.) Gestern fand hier aus Anlaß der Ablehnung der Forderungen der Bergarbeiter auf Gewährung einer Teuerungszulage durch die Grubenbesitzer eine gemeinsame Konferenz sämtlicher Bergarbeiterorganisationen der Tschechoslowakei statt. Die Vertreter sämtlicher anwesenden Organisationen erklärten sich mit den gestellten Forderungen

vollständig und bekundeten ihre Bereitwilligkeit, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für ihre Durchsetzung einzutreten. Gleichzeitig wurden einstimmig für das weitere Vorgehen richtunggebende Beschlüsse gefaßt.

Die Ausperrung der Antwerpener Diamantarbeiter.

Brüssel, 7. Dezember. (M.T.B.) Die Antwerpener Unternehmer der Diamantindustrie haben am Sonntag die Schließung der Betriebe für acht Tage beschlossen. Seit gestern ruht in den meisten Antwerpener Betrieben die Arbeit. In den anderen Städten des Landes werden jedoch die Betriebe der Diamantindustrie fortgeführt.

Verflechtung des Gewerkschaftsrechts?

London, 7. Dezember. (M.T.B.) Das englische Kabinett wird sich morgen mit den Vorschlägen auf Abänderung der Gewerkschafts-gesetzgebung befassen. Der endgültige Entwurf liegt dem Kabinett bereits vor. Auf Grund dieses Entwurfs soll der Generalstreik als ungesetzlich erklärt und die Immunität auf Grund der Gewerkschaftsstatute zurückgezogen werden. In der Frage der Stellung von Streikposten sind Veränderungen vorgesehen, die vor allem ein Massenstreikposten entstehen und die Besuche von Haus zu Haus verhindern sollen.

Es scheint das Schicksal aller Regierungen zu sein, jeder freihetlichen Regung durch reaktionäre Maßnahmen zu begegnen zu suchen. Nicht das bornierte Verhalten der Grubenbesitzer, das den Generalstreik heraufbeschworen hat, macht der englischen Regierung jetzt noch Kopfschmerzen, sondern lediglich die Folgewirkung dieses Verhaltens, der Generalstreik. Für die Gewerkschaften war der letzte Generalstreik eine Lehre. Könnte er es nicht auch für die Regierenden sein?

Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter teilt uns mit: Entsprechend den Beschlüssen des Verbandsvorstandes hat auch der Filialvorstand beschlossen, an alle arbeitslosen Mitglieder der Filiale eine Weihnachtsunterstützung zur Auszahlung zu bringen. Bezugsberechtigt für die Unterstützung aus der Filiale sind alle Mitglieder, welche bis zum Beginn ihrer Arbeitslosigkeit 13 Wochenbeiträge geleistet haben und in der Zeit vom 18. bis 24. Dezember arbeitslos sind; ebenso diejenigen Mitglieder, welche sechs Wochen arbeitslos waren, jedoch zu Weihnachten höchstens auf zwei Wochen auschließweise Beschäftigung erhalten haben. Die Mitglieder, welche mithin Anspruch auf Weihnachtsunterstützung haben, müssen sich am Dienstag, Mittwoch und Donnerstag dieser und der nächsten Woche im Zimmer 3 des Verbandshauses, Berlin N. 24, Johannisstr. 14/15, zur Eintragung in die Liste anmelden.

Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Holzarbeiterverbandes zahlt in der Zeit vom 6. bis 18. Dezember an ihre ausgesetzten, arbeitslosen und kranken Mitglieder eine Extrazahlung. Und zwar erhalten Mitglieder, die am Auszahlungstage seit zwei Wochen oder länger ausgesetzt und noch arbeitslos oder krank sind, je nach der Dauer der Mitgliedschaft 6,50 bis 12 M., in den Beitragsstufen unter einer Mark 3,50 bis 8 M. Bedingung ist, daß die Mitgliedsbücher der betreffenden Mitglieder in Ordnung sind. Die Reihenfolge der Auszahlung richtet sich nach der alphabetischen Ordnung, die im Arbeitsnachweis und in Zimmer 2, Rungestr. 30 ausgehängt ist.

Verantwortlich für Volltext: Dr. Curt Gerner; Wirtschaft: Ernst Götter; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Kunst: R. S. Böcker; Colles und Sonstiges: Fritz Karch; Anzeigen: Th. Glaser; sämtlich in Berlin. Verlag: Bornhorts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhorts-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Allen Genossen, Freunden und Bekannten die herzlichste Mitteilung, daß meine liebe Frau

Anna Langer
geb. Hauser, nach langjährigem mit Geduld ertragenem schwerem Krankenleiden im 66. Lebensjahre verstorben ist.

Paul Langer, Ehegatte
Einäschung: Mittwoch, 8. Dezemb., nachm. 3 1/2 Uhr, im Krem. Greifstr.

Blumenspenden
jeder Art
Wert bis 2000 Mk.
Paul Gollets
norm.ohnt New
Marianenstr. 3
Ecke Ranninstr.
Tamt. Rostigpl. 10900.

MÖBEL-KLUGE
1. Geschäft: Kommandantenstr. 51
2. Geschäft: Wilmersdorfer Str. 19

Außergewöhnlich billige
Weihnachts-Angebote:
Speisezimmer, Einzel-
möbel, Küchen, Schlaf-
zimmer, Kleinstmöbel
in großer Auswahl
Teilzahlung gestattet

Schützt Eure Bücher
Bücherschrank in Eiche
Mk. 39.00
1,50 m hoch, 0,70 breit,
u. hell, braun oder
schwarz. Auch größer,
im Lager. Versand
nach außerhalb.
E. Meckelburg,
Jermix-Exposition
Berlin-Treptow,
Gräblichstr. 50.
Tel. Wörzplatz 804.
Schließt von 7-7 Uhr

Metallbetten
Stahlschlafstätten, Kinderbetten, Klapp- u. Pr.
Kat. 650 ir. Eisenmöbelfabrik Suhl Thür.

Groß-Garage Klees G. m. b. H.
Gottschedstraße 35/36
vermietet neuerbaute, mit allem Komfort
der Neuzeit ausgestattete Boxen auch für
große Lastzüge. Besichtigung erbeten.
Fernsprecher Hansa 6759.

Wollburgs wohlfeile Weihnachts Woche

Unsere Preise sprechen für sich!

| | |
|--|---|
| Scalplüsch-Mantel auf gutem Damast gefüttert . . . | 59.- |
| Velours-de-laine-Mantel, Busenart, n. Eisenbahn. | 28.- |
| Velours-Mantel mit Fallschirmnäherung | 12.- |
| Ottoman-Mantel in vielen Farben, beste Qualitäten | 49.- |
| Kleider aus Wolle, Seide, Crêpe de Chine usw. | 19 ⁷⁵ , 15.- 6 ⁹⁰ |

Auf Wunsch Zahlungsvereinfachung!

Oskar Wollburg
BERLIN N. • BRUNNENSTR. 56 u. 57

Velours-Mantel mit Pelz nur 25.-
Scalplüsch-Mantel nur 48.-

Max Busse, Brunnenstr. 175
Berlin N. (an der Invalidenstrasse)

Fachmännisch geleitetes Spezialgeschäft für Uhren aller Art, Juwelen, Gold- und Silberwaren.

Weihnachtsausstellung in 10 Schaufenstern.

Wundervolle Neuheiten in Schmucksachen
Ueber 300 verschiedene Taschen- und Armbanduhren von M. 6.— an.

Großes Lager in Stand- und Wanduhren.
Nur gediegene Ware zu wesentlich herabgesetzten Preisen.

Guter Gebrauchswecker M. 2.50.

Photoapparat Bedarfsartikel
Entwickeln - Kopieren gut und preiswert
Photo-Spezialhaus Haller
Kohlauer Damm 96

Herzasthma!
Wassersucht (spez. alte Fälle), werden überraschend beseitigt durch mein
Spezial-Pulver
Karton 3 Mark.
Apothek. W. Böhmert
Hamburg a. d. W. 75.

Auf Teilzahlung Herren- u. Burschen-Garderobe!
1/3 Anzahlung / 24 Wochenraten
CAMNITZER
Schönhauser Allee 82 I
am Hochbahnhof Nordring

Total-Ausverkauf zu sensationell billigen Preisen!
Bekannt als Qualitätsware!

Wiener Pelz-Haus
Leipziger Straße 89
Jacken / Mäntel / Stulps / Fäuche / Muffen / Hüte

NEUERÖFFNUNG!

Modehaus MIO
Turmstraße 70
Zweig-Geschäft: Friedrichstraße 91

Modehaus MIO
Spezialhaus für Herrenbekleidung ferti u. nach Maß

ist der Wegweiser für jeden Herrn

sich elegant und billig zu kleiden. — Wir sind besonders preiswert, weil wir selbst anfertigen!

NEUERÖFFNUNG!

Modehaus MIO
Turmstraße 70
Zweig-Geschäft: Friedrichstraße 91